

**Mission**

Wie sich Politiker vor der Wahl für einen neuen Posten in Stellung bringen | Seite 10

POLITIK**Diskussion**

Ist der Grund für die harte Kritik an Obama seine Hautfarbe? | Seite 14



FREITAG, 18. SEPTEMBER 2009

Union findet keine gemeinsame Linie

CDU und CSU bei Steuern und Wirtschaft uneins · Kritik an FDP-Forderung nach kräftiger Steuersenkung · Attacke auf Steinmeier

VON JENS TARTLER, BERLIN

CDU und CSU können sich in der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht auf eine gemeinsame Wahlkampflinie einigen. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla räumte in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) am Donnerstag ein, dass sich die Schwesterparteien weder über den Zeitpunkt der versprochenen Steuerentlastungen noch über ein Papier zur Wirtschaftspolitik verständigen konnten.

Zum Thema Steuern sagte Pofalla: „Darüber gibt es zwischen den beiden Parteien unterschiedliche Auffassungen – da hilft es gar nichts, drum herumzureden.“ Er sagte auch,

dass die CDU sich das von der CSU für Montag angekündigte Wirtschaftspapier nicht zu eigen mache: „Wir sind der Auffassung, dass das, was im gemeinsamen Regierungsprogramm festgelegt ist, vollkommen ausreicht.“

Der Auftritt von Pofalla und Fahrenschon war eigentlich dazu gedacht, gut eine Woche vor der Bundestagswahl die SPD frontal anzugreifen. Deutlich wurden aber die Differenzen zwischen den Schwesterparteien. Außerdem zeigte sich erneut, dass die Union die steuerpolitischen Forderungen des Wunsch-Koalitionspartners FDP für unrealistisch hält. Fahrenschon zog dafür den FDP-Ehrenvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff als Kronzeugen heran, der gesagt habe, die Vorstellung

gen seiner eigenen Partei „passen nicht in die Zeit“.

Der SPD warf der Minister vor, durch die von ihr geplante Börsenumsatzsteuer nehme sie Riester-Sparern über die Laufzeit des Vertrages Tausende von Euro bei der Rendite weg. Fahrenschon legte dabei allerdings einen Steuersatz von einem Prozent zugrunde, obwohl die SPD für Geschäfte im Inland nur einen Satz von 0,5 Prozent fordert.

Fahrenschon sagte dazu, er wolle auch einmal einen „theatralischen Effekt“ erzielen wie SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier im TV-Duell mit Angela Merkel. In der Sendung hatte Steinmeier gesagt, eine Steuerentlastung von 50 Mrd. €, wie Schwarz-Gelb sie plane, verlange ein Wirtschaftswachstum von neun Pro-

Schwarz-gelbe Socken

Merkel-Rüge Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ihren Koalitionspartner SPD erneut scharf kritisiert. In der „B.Z.“ warf sie den Sozialdemokraten Unglaubwürdigkeit bei den Aussagen über künftige Regierungspartner vor. „In der SPD gibt es drei zerstrittene Lager“, sagte die CDU-Vorsitzende. Ein Lager strebe eine „Ampel“ mit FDP und Grünen an, mache aber gleichzeitig eine „Schwarz-gelbe-Socken-Kampagne“. Andere Sozialdemokraten setzten entgegen allen offiziellen Aussagen auf ein rot-rot-grünes Bündnis. „Das passt hinten und vorne nicht zusammen“, kritisierte Merkel.

zent, um sich allein dadurch selbst zu finanzieren. Das sei unrealistisch. Fahrenschon und Pofalla warfen Steinmeier vor, „ahnungslos“ zu sein. Nach einer Berechnung des Fernsehsenders ZDF, so Pofalla, sei nur ein zusätzliches Wachstum von 0,8 Prozent nötig. Der Ökonom Clemens Fuest von der Universität Oxford kam dagegen auf eine notwendige Wachstumsrate von vier Prozent.

Über die Ankündigung von FDP-Chef Guido Westerwelle, er werde nur einen Koalitionsvertrag unterzeichnen, in dem ein einfacheres, gerechteres Steuersystem mit niedrigeren Sätzen festgelegt sei, meinte Pofalla: „Das hat er von uns abgeschrieben.“



WWW.FTD.DE/STEUERN

Das wollen Parteien und Verbände

Guttenberg lässt neue Reaktoren erforschen

Grüne werfen der Union verlogene Atompolitik vor

FRIEDERIKE VON TIESENHAUSEN, BERLIN

Obwohl der Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland verboten ist, lässt das Bundeswirtschaftsministerium neueste Reaktortypen erforschen. Das Haus von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat einen Auftrag zur Untersuchung der Sicherheit von fortgeschrittenen Meilern vergeben. Die dreijährige Laufzeit dieses Projekts beginnt pikanterweise unmittelbar nach der Bundestagswahl – am 1. Oktober 2009.

Der Forschungsauftrag aus dem Wirtschaftsministerium dürfte die Debatte über die künftige Rolle der Atomkraft in Deutschland weiter anheizen. Union und FDP wollen im Falle eines Wahlsiegs den rot-grünen Atomkonsens aufkündigen.